

Anlage

Prof. Dr. Horst Möller

Schwerpunkte der Politik Konrad Adenauers in bezug auf die Deutschlandpolitik und die Westintegration, 1949–1963

Manuskriptfassung

In diesem Vortrag kann es sich nicht darum handeln, möglichst viele einzelne Fakten der Politik Adenauers zu präsentieren, vielmehr geht es mir darum, die Grundlinien in ihren historischen Zusammenhängen zu beschreiben.

I

Zwei Faktoren, die Aufteilung Deutschlands und der weltpolitische Gegensatz zwischen den USA und ihren Alliierten auf der einen und der Sowjetunion und ihren Satelliten auf der anderen Seite, wurden zu Determinanten jeglicher Deutschlandpolitik nach 1945. Die Möglichkeiten für eine deutsche Beteiligung resultierten aus der Entwicklung des Dualismus von West und Ost seit Kriegsende, setzten aber die Teilung Deutschlands faktisch voraus, da sie als einzige Gemeinsamkeit der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition übrigblieb: In den Überlegungen der Westalliierten **und** der Sowjetunion galt die deutsche Teilung als Unterpfand für die Sicherheit vor einem soeben besiegten aggressiven deutschen Nationalismus.

Ein wesentliches mentales Element trat hinzu: Ganz anders als nach dem Ersten Weltkrieg näherten sich die Wünsche der Westdeutschen ziemlich bald den politischen Wertvorstellungen der westlichen Welt an. Und in diesem Sinne bilden die Deutschlandpolitik und die Westintegration der Bundesrepublik einen außerordentlich vielschichtigen Prozeß, an dem eine Fülle politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und psychologischer Faktoren beteiligt waren.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen gestaltete Konrad Adenauer seine Deutschlandpolitik und trieb die Westintegration der Bundesrepublik in den vierzehn Jahren seiner Kanzlerschaft voran.

Hatte es zwischen 1945 und 1949 weder einen außenpolitischen Spielraum noch überhaupt eine Institution oder ein Verfassungsorgan gegeben, das legitimiert gewesen wäre, eine außenpolitische Linie auch nur zu formulieren, so veränderte sich die staatsrechtliche und völkerrechtliche Ausgangslage mit der im Herbst 1949 erfolgten Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Erst jetzt konnte von Außenpolitik im engeren Sinne, soweit sie über theoretische Konzeptionen hinausging, die Rede sein. Allerdings hatte schon das Jahr 1948 die

Ausgangsposition für die Politik der künftigen Bundesrepublik konkretisiert: Die Währungsreform in den drei Westzonen am 21. Juni 1948, die Berliner Blockade vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949, die Überreichung der Frankfurter Dokumente durch die Militärgouverneure der USA, Großbritanniens und Frankreichs an die elf deutschen Ministerpräsidenten am 1. Juni 1948, der Beginn der Verfassungsberatungen im Herrenchiemseer Verfassungskonvent bzw. im Parlamentarischen Rat seit August bzw. September 1948 markieren neben anderen Ereignissen die Gründungsphase der Bundesrepublik, die allesamt eine verstärkte Westorientierung der drei Westzonen beinhalten.

Konrad Adenauer beschrieb in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 diesen Bedingungszusammenhang, von dem seine Außen- und Deutschlandpolitik ausgehen mußte. Vor dem Deutschen Bundestag führte er unter anderem aus: „Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen . . . es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören.“ Und in bezug auf die Teilung Deutschlands konstatierte der erste Bundeskanzler damals: „Diese Teilung... ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung... nichts mehr im Wege steht.“

Es ist ausgeschlossen, in der vorgegebenen Kürze das komplexe Geflecht der Außen und Deutschlandpolitik Adenauers zu entwirren. Ich beschränke mich daher auf wenige Grundlinien und Entscheidungspunkte, ohne eine chronologische Nachzeichnung der Stationen zu versuchen.

Adenauers Außenpolitik ist durch Kontinuität in den Grundlinien und durch Flexibilität in den Einzelfragen gekennzeichnet. Rückschläge in außenpolitischen Gestaltungsfragen, beispielsweise das Scheitern der EVG 1954, führten nicht zur Änderung des außenpolitischen Kurses, weil situationsbedingt Alternativen zur EVG innerhalb des Gesamtrahmens seiner Politik realisierbar waren. Nach 1945 prägte die Berufung auf die kulturelle Tradition des Abendlandes Adenauers Koordinatensysteme für eine künftige Gestaltung noch erheblich stärker als nach 1918. Der kulturelle, militärische und politische Gegenspieler zu Europa hieß nun Asien: Die Sowjetunion zählte Adenauer kaum zu Europa, Europa war für ihn das christliche Abendland. Aus der Perspektive der Entwicklung der späten 1980er und 90er Jahre mag dies befremden: letztlich Europa ohne Osteuropa, das nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetische Hegemonie geriet.

Adenauers Option für ein liberaldemokratisches Verfassungssystem westlichen Typs unterlag angesichts dieser bereits 1947 in einem Brief an Paul Silverberg benannten Frontstellungen, die dann den „Kalten Krieg“ zwischen West und Ost prägen sollten, keinem Zweifel: Eine wie immer geartete Neutralität

Deutschlands konnte es für ihn nicht geben. Das galt für die ethischen Grundlagen ebenso wie für die innenpolitische Gestaltungsform des neu zu errichtenden Deutschland. Es galt aber auch für Adenauers außenpolitische Lagebeurteilung. Nur die Verständigung mit Frankreich konnte in seinen Augen verhindern, daß Frankreich und die Sowjetunion sich wie schon vor dem 1. Weltkrieg auf Kosten Deutschlands bzw. nun der Bundesrepublik Deutschland einigten. Wie die meisten Politiker seiner Generation war er von Einkreisungsängsten nicht frei. Adenauer wollte also außen- wie innenpolitisch eine Umkehr vom politischen „Sonderweg“ Deutschlands gegenüber Westeuropa. Und da aufgrund der weltpolitischen Konstellation und der Besatzungsherrschaft der vier Siegermächte dieser Weg einstweilen nicht mit Gesamtdeutschland gangbar war, ging Adenauer ihn und konnte ihn nicht anders gehen allein mit dem westdeutschen Teilstaat. Seine politische Werteskala lautete dann auch in Anlehnung an eine Formulierung Eugen Gerstenmaiers, und zwar in dieser Reihenfolge und nicht etwa gleichrangig: Freiheit, Frieden, Einheit.

Angesichts dieser Ausgangssituation wird deutlich, welchen Rang die Verständigung mit Frankreich für diese Politik der Westintegration einnehmen mußte, zumal sie sehr viel schwerer erreichbar war als mit den anderen westlichen Großmächten USA und Großbritannien, die weder durch eine Besatzungsherrschaft der NS-Diktatur heimgesucht worden waren noch in direkter territorialer, wirtschaftlicher oder militärpolitischer Konkurrenz zu Deutschland standen.

Dabei waren die institutionellen Möglichkeiten Adenauers, seine innen- und außenpolitischen Konzeptionen in praktische Politik umzusetzen, beträchtlich. Bezeichnend ist, daß der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende bis 1955 zugleich Außenminister blieb und sich auch nach der Ernennung Heinrich von Brentanos zum Außenminister direkte Informationen und Einflußnahme auf tagespolitische Entscheidungen vorbehielt. Trotz Adenauers prägender Rolle in der westdeutschen Außenpolitik ließen sich seine Ziele natürlich nicht ohne weiteres realisieren. Er hatte es nicht nur mit der innenpolitischen Opposition der SPD zu tun, nicht nur mit konkurrierenden, auch Frankreich betreffenden außen-, europa- und deutschlandpolitischen Vorstellungen in den eigenen Reihen in der Frühzeit etwa Jakob Kaisers und bis 1957 seitens der Koalitionspartner, sondern vor allem mit den zum Teil erheblich differierenden deutschlandpolitischen Plänen der Westalliierten.

II

Nach 1949 spielte sich die Politik der Bundesrepublik Deutschland in dem dauernden Spannungsverhältnis zwischen der faktischen Teilung und dem

fortbestehenden Anspruch auf Einheit ab. Diese grundsätzliche Problematik bildete die wesentliche Ursache für den Streit der politischen Parteien über die einzelnen Schritte der Westintegration der Bundesrepublik. Doch betraf dieser Streit nicht das Ziel der Wiedervereinigung, sondern den bestmöglichen Weg dorthin, waren doch Wiedervereinigungsgebot und die Einbindung in die demokratische Staatengemeinschaft als primäre Ziele staatlicher Politik in der Präambel des Grundgesetzes verfassungsrechtlich definiert und wurden von keiner der demokratischen Parteien in Frage gestellt.

Bestand zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP bis kurz vor dem Abschluß des sogenannten Deutschlandvertrages am 26. Mai 1952 in der Gestaltung der Deutschlandpolitik wie der Westintegration keine Differenz, so zeigten sich zur Konzeption der SPD, die bis 1952 entscheidend von Kurt Schumacher bestimmt worden war, erhebliche Differenzen.

Schumachers Vorstellungen waren in hohem Maße von gesellschaftspolitischen Überzeugungen geprägt. Daß die Reorganisation Europas in seinen Augen stärker von konservativen und kapitalistischen Elementen bestimmt wurde als von sozialistischen, brachte Schumacher in eine Frontstellung zu der sich ab 1948/49 verstärkenden Westintegration. Und da die SPD seit 1949 auf die Opposition beschränkt blieb, verstärkte sich der Zug zu einer Programmatik, die sich immer mehr von der tatsächlichen weltpolitischen Konstellation entfernte.

Bei allen Ähnlichkeiten der Adenauerschen und Schumacherschen Konzeption, beide Männer waren dezidiert antikommunistisch und waren überzeugte Verfechter der Magnet-Theorie und der Politik der Stärke, die übrigens eher von Schumacher als von Adenauer formuliert worden war, so blieb Schumacher in einem Punkt illusionär und in einem anderen unbeweglich: Illusionär in bezug auf die Möglichkeit, Europa als eine vom demokratischen Sozialismus dominierte Kraft zwischen den Blöcken zu etablieren; unbeweglich in bezug auf die USA, denen er viel skeptischer gegenüberstand als Adenauer.

Entsprechend betonte der SPD-Vorsitzende den im Bonner Grundgesetz angelegten Provisoriumscharakter des westdeutschen Staates. Kritisierte Schumacher jedoch nur Form und bestimmte Inhalte der Westbindung, so entwickelten seine Nachfolger in der Mitte der 1950er Jahre eine eher prinzipielle Ablehnung des Westkurses von Konrad Adenauer.

Vorrangiges Ziel der Außenpolitik Adenauers blieb zwischen 1949 und 1955 die Wiedererringung der völkerrechtlichen Gleichberechtigung und staatlichen Souveränität der Bundesrepublik. Dieses mittelfristige Ziel suchte er durch schrittweise Erweiterung des deutschen Handlungsspielraumes zu erreichen; das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 stellte den ersten Schritt in diese Richtung dar. Ihm folgte der am 18. April 1951 geschlossene Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den die SPD-Führung um Kurt Schumacher strikt ablehnte, ein Konfrontationskurs,

dem eine sozialdemokratische Minderheit um Wilhelm Kaisen und Ernst Reuter, die eher zur Politik Adenauers tendierten, unterlag.

Einen weiteren Meilenstein bildete der bereits genannte Deutschlandvertrag, der sowohl bei der FDP als auch in Teilen der CDU auf Kritik stieß. Der Widerstand konkretisierte sich vor allem an der sogenannten Bindungsklausel im Artikel 7, Absatz 3 des Vertragswerkes, der den automatischen Eintritt in die Rechte aus dem Deutschlandvertrag seitens des wiedervereinigten Deutschland vorsah. Bundesminister Jakob Kaiser sah in der Klausel eine Möglichkeit für die sowjetische und sowjetzonale Propaganda, die Echtheit des Willens der Westmächte und der Bundesrepublik zur Wiedervereinigung zu bestreiten.

Bedrohlicher für die Politik des Kanzlers war jedoch die Opposition durch den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Heinrich von Brentano. Adenauer entschloß sich daraufhin, Brentano zum amerikanischen Außenminister Dean Acheson zu schicken, um gegebenenfalls eine Neuformulierung zu erreichen. Der neuen Fassung des New Yorker Völkerrechtlers Philip Jessup, die die automatische Bindung eines künftigen Gesamtdeutschland aufhob, stimmte von Brentano am 19. März 1953 zu.

Ähnliche Vorbehalte gegen den „Bindungsautomatismus“ formulierte die FDP, deren Widerspruch anfangs keineswegs nur aus der nach der Nichtberücksichtigung Dehlers bei der Kabinettsbildung 1953 resultierenden persönlichen Gegnerschaft zwischen Bundesjustizminister Thomas Dehler a.D. und Konrad Adenauer entstand.

Adenauers Bestreben, die volle staatliche Souveränität zurückzugewinnen, manifestierte sich in der Änderung des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954. In Artikel 1, Absatz 2 hieß es ausdrücklich: „Die Bundesrepublik wird ... die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben“. Der deutschlandpolitische Vorbehalt, demzufolge die Alliierten Mächte für Angelegenheiten zuständig blieben, die Deutschland als Ganzes bzw. Berlin betrafen, blieb in Kraft. Auch die militärische Präsenz der drei Westmächte blieb erhalten. Der letzte Schritt zur Erringung der vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf ihre Innen und Außenpolitik wurde bekanntlich mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 erreicht.

III

Bis etwa 1954 bestand in der Frage der Verwirklichung dieser Politik kein grundlegender Dissens zur FDP, die im November 1952 auf ihrem Parteitag in Bad Ems den Zusammenschluß der freien Völker Europas, positive Anstrengungen zur Entspannung in Ost und West und nicht zuletzt

die Ratifizierung der EVG-Verträge und des Deutschlandvertrages gefordert hatte.

Anders die SPD: Sie opponierte inzwischen grundsätzlich gegen den Abschluß der Europa-Verträge, da die Bundesregierung nicht legitimiert sei, so weitreichende militärpolitische Vereinbarungen zu treffen. Im Falle ihrer Verabschiedung kündigte die Partei vorsorglich an, eine Revision im Bundestag anzustreben. Die Wahlniederlage 1953 erschütterte die SPD derart, daß ihre Desorientierung eher noch wuchs. Allerdings begann sich 1954/55 der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Westverträge abzuschwächen.

In der Logik der deutschland- und außenpolitischen Konzeption Adenauers jener Jahre war es nur konsequent, sich durch Stalins Notenoffensive im Frühjahr 1952 nicht irritieren zu lassen. Auf die Einschätzung, hier sei durch die Bundesregierung eine wirkliche Chance zur Wiedervereinigung vertan worden, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Es handelt sich bis heute um eine periodisch und eher aus politischen, denn aus wissenschaftlichen Gründen wiederholte Hypothese, die ausschließlich aus den sowjetischen Akten verifiziert oder, was wahrscheinlicher ist, endgültig falsifiziert werden könnte. So oder so: die sowjetischen Noten waren nicht an die Bundesregierung gerichtet, sondern an die drei Westalliierten, Adenauer hatte also nur indirekten Einfluß auf die Zurückweisung. Bis heute muß man realistischerweise von einer „Legende der verpaßten Gelegenheiten“ sprechen. Es überrascht, daß immer wieder die Behauptung unkritisch wiederholt wird, Stalin habe freie Wahlen angeboten. Einmal abgesehen von der Tatsache, daß man in der DDR bis 1989 genügend Anschauungsmaterial hat, was kommunistische Machthaber unter freien Wahlen verstehen, hat Stalin selbst dieses Scheinangebot entlarvt, indem er sich von vornherein weigerte, in Gesamtdeutschland, also auch der DDR, Wahlen unter UN-Kontrolle zuzulassen.

Nach der blutigen Niederschlagung der Freiheitsbewegung in der DDR im Juni 1953 war eine gemeinsame Verhandlungsbasis mit den von der Sowjetunion eingesetzten Machthabern endgültig unmöglich geworden, die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 demonstrierte, daß auch Stalins Nachfolger nicht bereit waren, Staaten aus ihrem Herrschaftsbereich zu entlassen.

In bezug auf die Formen der Europapolitik blieb Adenauer, wie gesagt, flexibel: Er stimmte sowohl supranationalen Lösungen zu, wie sie der Schuman-Plan in bezug auf die europäische Montanindustrie enthielt, die den französischen Wirtschaftsinteressen und dem Sicherheitsbedürfnis Rechnung trugen, als auch lockeren Gestaltungsformen, wie auch in den EWG und Euratom begründenden Römischen Verträgen von 1957, die aber anders als die Montanverträge von 1952 die Kompetenzen der einzelnen nationalen Regierungen nicht antasteten.

Voraussetzung für die Rückkehr der Bundesrepublik Deutschland in die Völkergemeinschaft war die Verständigung mit Frankreich. Und sie war nur über europäische Lösungen zu erzielen; die Europapolitik wurde insofern zum Instrument von Adenauers Frankreichpolitik. Später so genannte „vertrauensbildende Maßnahmen“ gehörten deshalb zu seinem ständigen politischen Repertoire. Dazu zählte vor allem seine Kompromißbereitschaft in der Saarfrage, in der die SPD und auch die FDP eher kompromißlos die nationalstaatlichen Interessen der Bundesrepublik vertraten.

Die FDP hatte sich in den Jahren bis zum Bruch der Koalition im Februar 1956 unverkennbar von einer anfänglichen Europaeuphorie zu einer stärker nationalgesamtdeutsch orientierten Politik hin bewegt, während die SPD wohl auch unter dem Eindruck der zunehmenden Bejahung des Westkurses in der Öffentlichkeit zu einem vergleichsweise konstruktiven Oppositionskurs zurückfand, für den Persönlichkeiten wie Fritz Erler oder Helmut Schmidt standen.

Einen Maßstab für den Erfolg der Politik Adenauers stellt nicht zuletzt die Annäherung der SPD an die Grundlinien der CDU seit dem Godesberger Parteitag im November 1959 dar. Dezidiert akzeptiert wurde die Westintegration der Bundesrepublik etwa in der berühmten, vom SPD-Bundesvorstand ausdrücklich gebilligten Rede, die Herbert Wehner im Bundestag am 30. Juni 1960 hielt. Eine vergleichbare Annäherung vollzog die FDP nach dem Bundesparteitag am 28. und 29. Januar 1960 in Stuttgart, auf dem Erich Mende zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde. Hier wurden erneut die Weichen für eine Koalition mit der CDU/CSU gestellt.

Im Oktober 1954 sah Adenauer in einer Frankreich zufriedenstellenden Lösung der Saarfrage die entscheidende Voraussetzung für die Billigung der Verträge über NATO-Beitritt und Souveränität der Bundesrepublik durch die französische Nationalversammlung.

Zweimal kamen Adenauer jedoch unerwartete Entwicklungen zu Hilfe, als seine Politik zu scheitern drohte. Als die Assemblée Nationale EVG-Verträge und den ersten Deutschlandvertrag von 1952 am 30. August 1954 ablehnte, wurde im September und Oktober 1954 in der Londoner und Pariser Konferenz eine Ersatzlösung gefunden, die alle Ziele Adenauers realisierte. Die Bundesrepublik Deutschland wurde Mitglied der NATO, in deren Rahmen sie einen bedeutenden Verteidigungsbeitrag zu leisten hatte, sowie der Westeuropäischen Union und erhielt die Souveränität. Erst seitdem hätte die Bundesrepublik theoretisch eine eigenständige Außenpolitik betreiben können, doch fehlte nach wie vor ein Friedensvertrag, und die Westmächte behielten nach wie vor deutschland- und berlinpolitische Kompetenzen. Mit anderen Worten: Außenpolitische Spielräume bestanden im Prinzip nur innerhalb der nun im völkerrechtlichen und bündnispolitischen Sinn sanktionierten Westintegration.

Das Saarland kehrte nach Ablehnung des Saarstatutes durch die Saarbevölkerung und den daran sich anschließenden Verhandlungen mit Frankreich am 1. Januar 1957 zu Deutschland zurück.

Damit war der Weg zu einer dauerhaften deutsch-französischen Partnerschaft geebnet. Sie sollte eine Erneuerung und besondere Akzentuierung mit der Konstituierung der V. Republik Charles de Gaulles im Jahre 1958 erfahren. Als der General Adenauer in der seit dem Chruschtschow-Ultimatum von 1958 einsetzenden Berlinkrise unterstützte, auf der anderen Seite die amerikanische Außenpolitik nach dem krankheitsbedingten Rücktritt von John Foster Dulles gegenüber der Sowjetunion erheblich unsicherer wurde, suchte Adenauer mehr und mehr die Kooperation mit dem französischen Staatspräsidenten.

Wenn Adenauer am 21. September 1963 anlässlich seines Abschiedsbesuches als Bundeskanzler bei de Gaulle in seiner Tischrede in Rambouillet sagte, er betrachte den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 als „Hauptwerk seiner 14jährigen Tätigkeit als Bundeskanzler“, dann mag das eine durch die Situation stimulierte Übertreibung gewesen sein, ist aber doch in einem weiteren Sinne zutreffend: Eine korrespondierende französische Deutschland- und Europapolitik, deren Protagonisten Robert Schuman und Jean Monnet gewesen waren und die Charles de Gaulle auf eine neue Ebene hob, wurde auf diese Weise möglich bzw. erleichtert. Das war im Jahre 1949, als Adenauer sein Amt antrat, noch alles andere als wahrscheinlich.

Ich komme abschließend vom Kernproblem deutsch-französischer Verständigung wieder auf die Grundlinien der Außenpolitik Konrad Adenauers und seiner Regierung zurück.

Die Erlangung der Souveränität 1955, der NATO-Beitritt sowie die Gründung der EWG 1957 markieren seit der Mitte der 1950er Jahre den Abschluß der Westintegration der Bundesrepublik in völkerrechtlicher, militärischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion war Ausdruck eines schließlich erreichten, wenn auch begrenzten Handlungsspielraums und zugleich der Versuch, sich nicht allein mit den westlichen Nachbarn auszusöhnen, sondern ebenso ostpolitische Lösungen zu suchen. Am Ende seiner Kanzlerschaft findet sich, wie Hans-Peter Schwarz bemerkt hat, bei Adenauer die Erkenntnis, daß das langfristige Wiedervereinigungsziel zwar nicht aufgegeben werden sollte, daß aber begrenzte Zwischenlösungen, „eine wie auch immer gestaltete Form des *modus vivendi* im geteilten Deutschland“, unvermeidlich seien.

Aber auch zu diesem Zeitpunkt änderte sich Adenauers grundsätzliche Prioritäten-Skala Freiheit und Frieden vor Einheit nicht. Und das ist auch nicht verwunderlich: Freiheit hatte ein Teil der Deutschen nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur mit Hilfe der Westintegration erreicht, während sie 18 Millionen Deutsche weiterhin entbehren mußten. Der Wunsch nach Freiheit wurde zum Fluchtmotiv für viele Millionen Menschen und trug schließlich

sehr viel später, 1989, zum schnellen Ende der kommunistischen Diktatur in der DDR bei. Wollte man die Freiheit wenigstens eines Teils Deutschlands erhalten, so bestand zur Politik Adenauers in seiner Regierungszeit keine wirkliche Alternative. Und das gilt trotz der sich als unrealistisch erweisenden Prämisse, Stärkung des Westens und Konsolidierung der Bundesrepublik würden eine Wiedervereinigung Deutschlands, d. h. einen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, bewirken. Sie hat sich erst Jahrzehnte später, 1989/90, bewahrheitet. Gerade die geschichtliche Entwicklung unterstreicht, welche politische Bedeutung der historischen Forschung über Adenauer und seine Zeit heute beizumessen ist, oder, um Benedetto Croce zu zitieren: „Jede wirkliche Geschichtsschreibung ist stets 'zeitgenössisch', d. h. aus den intellektuellen und moralischen Bedürfnissen des Augenblicks entstehend.“

Die 1990 erreichte Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit bestätigt die Weisheit der politischen Weichenstellung Konrad Adenauers.